

Ökolumne 7/04: Sparen bei den Ärmsten

von Ulrich Brehme

Die Verachtung der Menschen für die Politik, das Versagen der Politiker und deren fehlende Kompetenz, wird immer größer. Das Gerede vom "Reformstau" ist letztlich nur eine Umverteilung von den Armen zu den Reichen. Im Dreimonats-Rhythmus werden von der rot-grünen Bundesregierung immer neue Reformen aufgelegt, um die Soziale Marktwirtschaft zu schleifen.

Das vorrangige Ziel von Schröders "Agenda 2010" ist die Sozialausgaben zu senken. Durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe sollen fünf bis sieben Milliarden Euro eingespart werden. Das Einkommen des Lebenspartners, Schmuck und eigene finanzielle Reserven müssen aufgebraucht werden. Um das durchzusetzen, sind sogar Wohnungsdurchsuchungen geplant. Das Geld wird nun z.B. für neue Transportflugzeuge der Bundeswehr ausgegeben.

Die rot-grüne Bundesregierung glaubt, durch die Streichung von Leistungen Arbeitslose stärker zur Annahme von niedrig entlohnenden Jobs zu motivieren. Statt Arbeitslosenhilfe gibt es dann für 3 Millionen Menschen nur noch eine Unterstützung, die 10% unter dem Sozialhilfeniveau liegt.

In "Jobzentren" werden so genannte "Fallmanager" zusammen mit Ärzten entscheiden, ob Arbeitslose noch erwerbsfähig sind oder nicht. Arbeitslose müssen fünf Bewerbungen pro Woche nachweisen. Wenn sie eine Absage bekommen, müssen sie erklären, warum sie die Stelle nicht bekommen haben. Eine intensive fallbezogene Beratung findet aber nicht statt. Aber gerade eine intensive Einzelfallberatung wäre notwendig! Umqualifizierungen werden nicht mehr stattfinden. Arbeitslose, die sich auf eigene Kosten beruflich weiterbilden, können aber unter Umständen weiter Leistungen vom "Jobcentre" erhalten. Es ist völlig unverständlich, daß gerade bei der Weiterbildung und Umschulung Geld eingespart werden soll, denn in den nächsten Jahren wird es wegen der ungünstigen demographischen Entwicklung einen Fachkräftemangel geben.

Die "Personal-Service-Agenturen" werden die Arbeitslosen auch an Zeitarbeitsunternehmen weiter vermieten. Aber Zeitarbeit finden aber nur ganz wenige Menschen eine feste Stelle und mehr Arbeitsstellen werden so auch nicht geschaffen. In Ostdeutschland wird eine solche Politik gar nichts erreichen.

Bis 2006 können Arbeitslose über 52 Jahre befristet eingestellt werden. Sind die Arbeitslosen über 55 Jahre alt, sind die Arbeitgeber ganz von ihrem Beitrag zur Arbeitslosenversicherung befreit. Ob das die Personalverantwortlichen umstimmt ist fraglich.

Arbeitslosen ohne familiäre Bindungen, die nicht bereit sind überall in Deutschland eine Stelle anzunehmen, wird das Arbeitslosengeld um 30% gekürzt. Das wird für viele Menschen zu einem massiven Umbruch ihrer Lebenssituation führen. Zumutbar soll auch gemeinnützige Arbeit sein, wie jetzt schon bei Sozialhilfeempfängern. Grundsätzlich ist gemeinnützige Arbeit eine wichtige Aufgabe, aber Rasen mähen ist nicht unbedingt volkswirtschaftlich sinnvoll.

Als neue Idee werden nun die "Minijobs" angepriesen. Damit soll die abgaben- und steuerfreie Verdienstgrenze auf 400 Euro steigen. Für die Arbeitgeber sind die Lohnnebenkosten bis 510 Euro steuerlich absetzbar. Neu ist auch, daß auch die Mini-Jobs als zumutbarer Arbeitsplatz gelten. Im Bereich der Haushaltshilfen wird man so die Schwarzarbeit verdrängen, aber im Baugewerbe wird das nichts ändern.

Das Gerede von der "Dienstleistungsgesellschaft" als Vision hinter diesen Reformen ist

großer Unsinn. Hier werden nur Ideen aus den USA kopiert, die den sozialen Druck erhöhen, aber keine Arbeitsplätze schaffen. Zerstört wird das Handwerk. Wer sowas will, muß auch die amerikanische Qualität von Handwerkern akzeptieren, die zwar billiger, aber eben auch miserabel sind.